

Anfrage Pajic betreffend eine Statistik im Bereich LGBTQ-feindlichen Aggressionen

Trotz vieler Fortschritte im Kampf für die Rechte von LGBTQ-Menschen (LGBTQ steht für «Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Queer» und bezeichnet alle Menschen, welche ihre sexuelle Orientierung und/oder ihre Geschlechtsidentität abseits der Heteronormativität verorten) bleibt ein langer Weg zu gehen, bis tatsächlich Gleichstellung erreicht ist. Insbesondere erleiden LGBTQ-Personen auch heute im Kanton Graubünden noch regelmässig psychische, verbale, körperliche oder sexuelle Gewalt. Diese Gewalt ist alltäglich: Die LGBTQ-Dachverbände erfassen mittels einer Helpline durchschnittlich zwei Hassverbrechen gegen LGBTQ-Menschen in der Schweiz jede Woche, wobei das Ausmass der körperlichen Gewalt mit fast einem Drittel der Fälle besonders schockierend ist. Die Dunkelziffer nicht gemeldeter Fälle ist zudem sehr hoch.

Offizielle Statistiken dazu fehlen leider: Trotz zahlreicher internationaler, von der Schweiz unterzeichneter Abkommen, erfassen die Polizeibehörden den homo-, bi-, inter- und trans-feindlichen Charakter physischer und verbaler Gewalttaten nicht. Der Europarat riet deshalb in seinem 5. Bericht zur Schweiz 2014 den Behörden, endlich «statistische Daten über rassistische, homophobe oder transphobe Motive von Straftaten» zu erfassen. Die vom nationalen Parlament im letzten Herbst beschlossene Erweiterung der Antidiskriminierungs-Strafnorm um das Kriterium der «sexuellen Orientierung» wird zwar – als neuer Straftatbestand – die Erfassung gewisser Arten von Hassdelikten gegen Homo- und Bisexuelle nach sich ziehen. Das gilt jedoch bei Weitem nicht für alle Straftaten, denen ein LGBTQ-feindliches Tatmotiv zugrunde liegt.

Die häufige Straflosigkeit eines grossen Anteils der LGBTQ-feindlichen Aggressionen treibt die Opfer in Schweigen, Angstzustände, Isolation und manchmal in den Suizid – insbesondere Jugendliche. Es wird geschätzt, dass bloss 10-20 % der LGBTQ-feindlichen Gewaltfälle angezeigt werden. Laut Schweizer Kennzahlen liegt die Suizidrate bei Jugendlichen, welche nicht heterosexuell sind, fünfmal höher als bei denen, die heterosexuell sind. Bei trans und inter Menschen ist die Gefahr sogar zehnmal höher.

In Anbetracht der gegenwärtigen Zunahme von physischen und verbalen Angriffen gegenüber LGBTQ-Menschen, die den kantonalen und nationalen Organisationen gemeldet werden, ist es umso dringlicher, die derzeitige Praxis der Polizei zu ändern und die LGBTQ-feindlichen Aggressionen in den Kantonen klar zu erfassen. Zu diesem Zweck ist es ebenfalls wichtig, die Justiz- und Polizeibehörden in einer Grundausbildung zu schulen sowie Handlungsempfehlungen zu erarbeiten. Das Erfassen von Statistiken werden ein klares Bild der Sicherheitslage im Kanton Graubünden liefern. Es ist unerlässlich, dass der Staat den Umfang dieser Aggressionen kennt, um effizient gegen die Hassverbrechen vorgehen zu können.

Die Unterzeichnenden dieses parlamentarischen Vorstosses wollen bei den Behörden des Kantons Graubünden ein starkes Zeichen setzen, damit sich der Kanton gegen jegliche Art von Gewalt gegen LGBTQ-Personen einsetzt und alles unternimmt, damit diese in ihrer Integrität und Würde geschützt werden. Deshalb ergeben sich daraus folgende Fragen:

1. Wäre die Regierung bereit, die heutige Polizeipraxis dahingehend zu ändern, dass Aggressionen mit LGBTQ-feindlichem Charakter im Kanton erfasst, analysiert und in einer Statistik publiziert werden?
2. Wäre die Regierung bereit, die Ausbildung der Kantons- und Gemeindepolizeien um eine Schulung für den Umgang mit LGBTQ-feindlichen Aggressionen zu erweitern?
3. Welche Anstrengungen betreibt der Kanton Graubünden bisher, um LGBTQ-Menschen vor Hassverbrechen zu schützen?
4. Welche zukünftigen Massnahmen hat die Regierung geplant, um LGBTQ-Menschen wirksamer vor Diskriminierung und Hassverbrechen schützen zu können?
5. Welche Massnahmen hat die Regierung geplant, um die 5- bis 10-fach erhöhte Suizidrate von LGBTQ-Jugendlichen zu senken?

Pontresina, 13. Juni 2019

Pajic, Hofmann, Widmer (Felsberg), Atanes, Baselgia-Brunner, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Caviezel (Chur), Deplazes (Chur), Epp, Gasser, Gugelmann, Hardegger, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Horrer, Kohler, Locher Benguerel, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Felsberg), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Perl, Preisig, Rettich, Rutishauser, Schwärzel, Thomann-Frank, Thöny, Tomaschett-Berther (Trun), Wilhelm



Sitzung vom

20. August 2019

Mitgeteilt den

23. August 2019

Protokoll Nr.

615

Anfrage Pajic

betreffend eine Statistik im Bereich LGBTQ-feindlichen Aggressionen

Antwort der Regierung

Die Regierung hält es für wichtig, Minderheiten zu schützen und die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung, namentlich aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität, zu fördern.

Zu Frage 1: Die Kantone wurden im Frühsommer 2017 vom Bundesamt für Statistik (BFS) befragt, ob Straftaten gegen LGBTQ-Menschen (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Queer) separat in der Kriminalstatistik erfasst werden sollen. Dabei hat sich eine Mehrheit der Kantone gegen die Erhebung des zusätzlichen Tatmotivs ausgesprochen. Straftaten gegen LGBTQ-Menschen werden gemäss dem zuständigen BFS somit auch künftig nicht separat in der Kriminalstatistik erfasst. Eine Aufnahme in die Kriminalstatistik kann nur von Seiten des BFS entschieden werden. Solange "hate crimes" gegenüber LGBTQ-Menschen keinen eigenen Straftatbestand darstellen oder die differenzierte Angabe eines Motivs nicht in allen Kantonen obligatorisch ist, wird es nicht möglich sein, diesbezüglich qualitativ hochstehende Daten in der nationalen Statistik zu veröffentlichen. Aussagekräftige statistische Erhebungen sind nur dann möglich, wenn die Zahlen in der gesamten Schweiz einheitlich erfasst werden und eine aussagekräftige Datenmenge zur Verfügung steht. Zudem ermöglicht die Erfassung ausserhalb der Kriminalstatistik, Rückschlüsse auf die sexuelle Orientierung einer Person zu. Dies ist aus Datenschutzgründen problematisch. Die Regierung unterstützt aber künftig die Aufnahme in die Kriminalstatistik.

Zu Frage 2: Ganz grundsätzlich müssen Lösungen im gesamtgesellschaftlichen Rahmen gefunden werden. Eine Schulung und Sensibilisierung der Strafverfolgungsbehörden, namentlich der Polizei, auf verschiedenste Herausforderungen im Polizeialltag, findet im Prüfungsfach Menschenrecht und Ethik bereits statt.

Zu Frage 3: Am wirksamsten sind die Anzeigen der Betroffenen bei der Polizei, obwohl wahrscheinlich aus verschiedenen Gründen gewisse Hemmschwellen bestehen. Jede Polizistin und jeder Polizist wird eine solche Anzeige entgegennehmen. Die Strafverfolgung hat letztlich eine grosse Präventivwirkung.

Zu Frage 4: Wer in Zukunft gegen LGBTQ-Menschen hetzt, muss mit Konsequenzen rechnen. Das Bundesparlament hat im Dezember 2018 entschieden, die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung, durch Erweiterung des Anti-Rassismus-Artikels, unter Strafe zu stellen. Bisher war Aufruf zu Hass und dergleichen gegen Rasse, Ethnie oder Religion verboten. Eine konsequente Strafverfolgung und Rechtsprechung ist ein wirksamer Schutz vor Diskriminierung und Hassverbrechen.

Zu Frage 5: In der eidgenössischen Jugendsession vom 11. November 2018 wurde die staatliche Unterstützung eines Netzwerks verlangt, um die sehr hohe Suizidrate bei jungen LGBTQ-Menschen zu senken. An einer Bundeslösung würde sich auch die Regierung beteiligen. Zudem unterstützt der Kanton jährlich die Beratung und Hilfe 147 der Pro Juventute Schweiz und damit auch die Suizidkampagne "Prävention Jugendsuizid". Vor zwei Jahren haben die Psychiatrischen Dienste Graubünden (PDGR) mit dem Aufbau einer Sprechstunde für Geschlechtervielfalt begonnen. Gleichzeitig organisiert die PDGR verschiedene Anlässe wie Vorträge und Podiumsdiskussionen, um zu sensibilisieren und zu informieren.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Dumonda Pajic concernent ina statistica en il sector d'agressiuns cunter LGBTQ

Malgrà blers progress en il cumbat per ils dretgs da persunas LGBTQ (LGBTQ stat per «lesbian, gay, bisexual, trans, queer» e designescha tut ils umans che localiseschan lur orientaziun sexuala e/u lur identitad da schlattaina lunsch davent da la normativitad eterossexuala) sto anc vegnir fatga ina lunga via per propi cuntanscher l'egualitad. En spezial vegnan persunas LGBTQ anc oz confruntadas en il chantun Grischun regularmain cun violenza psichica, verbala, corporala u sexuala. Questa violenza è quotidiana: Las federaziuns da tetg da LGBTQ registreschan a maun d'ina helpline en media dus crims per odi per emna cunter persunas LGBTQ en Svizra. E la dimensiun da la violenza corporala cun bunamain in terz dals cas è fitg schoccanta. Il dumber zuppà da cas betg annunziads è plinavant fitg aut.

Statisticas uffizialas en chausa mancan deplorablmain: Malgrà numerusas convegno internaziunalas, sutscrittas da la Svizra, na registreschan las autoritads polizialas betg il caracter omofob, bifob, interfob e transfob d'acts da violenza psichica e verbala. Perquai ha il cussegl da l'Europa recumandà en ses 5. rapport davart la Svizra 2014 a las autoritads da finalmain registrar «datas statisticas davart motivs rassistics, omofobs u transfobs d'acts chastiabels». L'extensiun da la norma penala d'antidiscriminaziun ch'il parlament naziunal ha concludì l'atun passà per il criteri da la «orientaziun sexuala» vegn bain – sco nov causal penal – a chaschunar la registraziun da tscherts tips da delicts per odi cunter persunas omossexualas e bissexualas. Quai na vala dentant insumma betg per tut ils acts chastiabels che sa basan sin in motiv LGBTQ-fob.

Ch'ina gronda part da las aggressiuns cunter LGBTQ na vegnan betg chastiadas, ha per consequenza che las victimas taschan, han tema, s'isoleschan e fan mintgatant suicid – en spezial giuvenils. I vegn stimà che mo 10 – 20 % dals cas da violenza cunter LGBTQ vegnan denunziads. Tenor indicaturs svizzers è il dumber da suicids tar giuvenils che n'èn betg eterossexuals, 5 giadas pli aut che tar giuvenils eterossexuals. Per persunas transsexualas ed intersexualas è il privel schizunt 10 giadas pli grond.

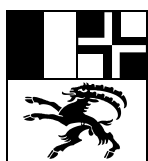
En vista a l'augment actual d'attatgas fisicas e verbalas cunter persunas LGBTQ che vegnan annunziadas a las organisaziuns chantunalas e naziunalas, èsi anc pli urgent da midar la pratica actuala da la polizia e da registrar cleramain las aggressiuns cunter LGBTQ en ils chantuns. Per quest intent èsi medemamain impurtant d'instruir las autoritads giudizialas e polizialas en ina scolaziun da basa e d'elavurar recumandaziuns d'agir. Las statisticas vegnan a dar in maletg cler da la situaziun da segirezza en il chantun Grischun. Igl è indispensabel ch'il stadi enconuschia la dimensiun da questas aggressiuns per pudair reagir en moda effizienta cunter ils crims per odi.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders da questa intervenziun parlamentara vulan dar in ferm signal a las autoritads dal chantun Grischun per ch'il chantun s'engaschia cunter mintga gener da violenza cunter persunas LGBTQ e ch'el fetschia tut per che quellas vegnian protegidas en lur integritad e dignitad. Da quai resultan pia las suandantas dumondas:

1. Fiss la regenza pronta da midar la pratica vertenta da la polizia uschia che aggressiuns cun in caracter LGBTQ-fob en il chantun vegnian registradas, analisadas e publitgadas en ina statistica?
2. Fiss la regenza pronta d'extender la scolaziun da las polizias chantunalas e communalas cun ina scolaziun per dar dumogn ad aggressiuns cunter LGBTQ?
3. Tge stentas ha il chantun Grischun fatg fin ussa per proteger persunas LGBTQ cunter crims per odi?
4. Tge mesiras futuras ha la regenza planisà per pudair proteger persunas LGBTQ en moda pli effizienta cunter discriminaziun e cunter crims per odi?
5. Tge mesiras ha la regenza planisà per reducir il dumber da suicids ch'è 5 fin 10 giadas pli aut tar giuvenils LGBTQ?

Puntraschigna, ils 13 da zercladur 2019

Pajic, Hofmann, Widmer (Favugn), Atanes, Baselgia-Brunner, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Caviezel (Cuir), Deplazes (Cuir), Epp, Gasser, Gugelmann, Hardegger, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Horrer, Kohler, Locher Benguerel, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Favugn), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Perl, Preisig, Rettich, Rutishauser, Schwärzel, Thomann-Frank, Thöny, Tomaschett-Berther (Trun), Wilhelm



Sesida dals

20 d'avust 2019

Communitgà ils

23 d'avust 2019

Protocol nr.

615

Dumonda Pajic

concernent ina statistica en il sector d'agressiuns cunter LGBTQ

Resposta da la regenza

Tenor la regenza èsi impurtant da proteger minoritads e da promover l'eliminaziun da mintga furma da discriminaziun, en spezial pervia da l'orientaziun sexuala u da l'identitad da schlattaina.

Tar la dumonda 1: L'uffizi federal da statistica (UFS) ha dumandà la primavaira ils chantuns, sch'ils acts chastiabels cunter persunas LGBTQ (lesbas, omosexuals, bissexuals, transgender, queer) duain vegnir registrads separadamain en la statistica criminala. La maioritad dals chantuns è s'exprimida cunter la registraziun dal motiv supplementar per in act chastiabel. Ils acts chastiabels cunter persunas LGBTQ na vegnan – tenor l'UST cumpetent – pia er en l'avegnir betg registrads separadamain en la statistica criminala. La registraziun en la statistica criminala po mo vegnir decidida da l'UST. Uscheditg che crims per odi envers persunas LGBTQ na represchantan betg in agen causal penal u che l'indicaziun differenziada d'in motiv n'è betg obligatoria en tut ils chantuns, n'èsi betg pussaivel da publitgar datas respectivas d'autoqualitad en la statistica naziunala. Retschertgas statisticas expressivas èn mo pussaivlas, sche las cifras vegnan registradas en moda unitara en tut la Svizra e sch'i stat a disposiziun ina quantitad da datas expressiva. Ultra da quai permetta la registraziun ordaifer la statistica criminala da trair conclusiuns davart l'orientaziun sexuala d'ina persuna. Per motivs da la protecziun da datas è quai problematic. La regenza sustegna però en il futur la registraziun en la statistica criminala.

Tar la dumonda 2: Da princip ston vegnir chattadas soluziuns en il rom da tut la societad. Ina scolaziun ed ina sensibilisaziun da las autoritads da persecuziun penala, en spezial da la polizia, per las sfidas las pli differentas che resultan en il mintgadi da la polizia, ha gia lieu en il rom d'examen "Dretg uman ed etica".

Tar la dumonda 3: Il pli efficaci èn las denunziadas da las personas pertutgadas tar la polizia, schebain ch'i dat probablamain per differentes motivs tschertas retegnyentschas. Mintga polizista e mintga polizist vegn a prender encunter ina tala denunzia. La finala ha la persecuziun penala in grond effect preventiv.

Tar la dumonda 4: Tgi che instighescha en il futur cunter personas LGBTQ sto far quint cun consequenzas. Il december 2018 ha il parlament federal decidì da chastiar la discriminaziun pervia da l'orientaziun sexuala, e quai cun extender l'artitgel d'anti-rassism. Fin ussa era scumandada l'incitaziun a l'odi ed a chaussas sumegliantas envers rassas, etnias u religiuns. Ina persecuziun penala ed ina giurisdicziun consequenta èn ina protecziun efficazia cunter discriminaziun e cunter crims per odi.

Tar la dumonda 5: A chaschun da la sessiun dals giuvenils dals 11 da november 2018 è vegnì pretendì il sustegn statal per ina rait cun l'intent da reducir il fitg aut dumber da suicids tar giuvenils LGBTQ. Ad ina soluziun federala sa participass er la regenza. Ultra da quai sustegna il chantun mintga onn la cussegliaziun e l'agid 147 da la Pro juventute Svizra e pia er la campagna "Prevenziun dal suicid da giuvenils". Avant 2 onns han ils servetschs psichiatics dal Grischun (SPGR) cumenzà cun l'installaziun d'ina ura da consultaziun per la diversitad da las schlattainas. A medem temp organischeschan ils SPGR differentas occurrenzas sco referats e discussiuns al podium per sensibilisar ed infurmar.



En num da la Regenza

Il president:

Il chancelier:

Dr. Jon Domenic Parolini

Daniel Spadin

Interpellanza Pajic concernente una statistica nel settore delle aggressioni nei confronti di persone LGBTQ

Nonostante molti progressi nella lotta per i diritti delle persone LGBTQ (LGBTQ è l'acronimo di «Lesbian, Gay, Bisexual, Trans, Queer» e definisce tutte le persone che collocano il loro orientamento sessuale e/o la loro identità di genere al di fuori dell'eteronormatività), rimane molto lavoro da svolgere per raggiungere una parità effettiva. Ancora oggi nel Cantone dei Grigioni le persone LGBTQ subiscono regolarmente violenza psichica, verbale, fisica o sessuale. Questa violenza è quotidiana: tramite una helpline le associazioni mantello LGBTQ registrano in media a livello svizzero due crimini d'odio alla settimana contro persone LGBTQ. Il fatto che quasi un terzo dei casi sia caratterizzato da violenza fisica è estremamente preoccupante. Inoltre il numero di casi non notificati è molto elevato.

Purtroppo mancano statistiche ufficiali a questo riguardo: nonostante numerosi accordi internazionali firmati dalla Svizzera, le autorità di polizia non registrano gli atti di violenza fisica e verbale nei confronti di persone omosessuali, bisessuali, intersessuali e transessuali. Nel 2014, il Consiglio d'Europa nel suo 5° rapporto sulla Svizzera ha perciò consigliato alle autorità di rilevare finalmente «dati statistici in merito a moventi a sfondo razzista, omofobo o transfobico di reati». L'ampliamento della norma penale contro la discriminazione con il criterio dell'«orientamento sessuale» deciso dal Parlamento nazionale lo scorso autunno comporterà sì – quale nuova fattispecie penale – la registrazione di determinati tipi di reati d'odio nei confronti di omosessuali e bisessuali. Tuttavia ciò non varrà di gran lunga per tutti i reati con movente legato all'odio contro le persone LGBTQ.

La frequente mancanza di una pena per un'elevata percentuale di aggressioni nei confronti delle persone LGBTQ spinge le vittime al silenzio, provoca stati d'ansia e di isolamento e a volte porta al suicidio, in particolare nel caso degli adolescenti. Si stima che i casi di violenza contro persone LGBTQ vengano denunciati solo in misura del 10-20 %. Secondo indicatori a livello nazionale, il tasso di suicidi tra adolescenti non eterosessuali è cinque volte maggiore rispetto a quello tra coetanei eterosessuali. Nel caso di persone transessuali e intersessuali il rischio è addirittura dieci volte più elevato.

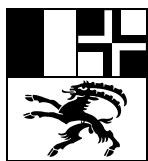
Considerando l'aumento attuale di attacchi fisici e verbali nei confronti di persone LGBTQ segnalati alle organizzazioni cantonali e nazionali, risulta ancora più urgente cambiare la prassi attuale della Polizia e registrare chiaramente nei Cantoni le aggressioni contro le persone LGBTQ. A questo scopo è importante anche che le autorità giudiziarie e di polizia seguano una formazione di base e che vengano elaborate delle raccomandazioni operative. Il rilevamento di statistiche fornirà informazioni chiare in merito alla sicurezza nel Cantone dei Grigioni. Per poter agire in modo efficace contro i crimini d'odio è indispensabile che lo Stato conosca l'entità di queste aggressioni.

Le firmatarie e i firmatari del presente intervento parlamentare intendono dare un chiaro segnale alle autorità del Cantone dei Grigioni affinché il Cantone si impegni contro ogni tipo di violenza nei confronti delle persone LGBTQ e faccia tutto il possibile per proteggerle nella loro integrità e dignità. Da tutto ciò scaturiscono le seguenti domande:

1. Il Governo sarebbe disposto a modificare la prassi attuale della polizia in modo che le aggressioni contro persone LGBTQ nel Cantone vengano registrate, analizzate e pubblicate in una statistica?
2. Il Governo sarebbe disposto ad ampliare la formazione della polizia cantonale e delle polizie comunali con dei corsi sulla gestione delle aggressioni contro persone LGBTQ?
3. Quali sforzi ha intrapreso finora il Cantone dei Grigioni per tutelare le persone LGBTQ da crimini d'odio?
4. Quali misure future ha previsto il Governo per poter proteggere efficacemente le persone LGBTQ da discriminazione e crimini d'odio?
5. Quali misure ha previsto il Governo per ridurre il tasso di suicidi di adolescenti LGBTQ, da 5 a 10 volte maggiore?

Pontresina, 13 giugno 2019

Pajic, Hofmann, Widmer (Felsberg), Atanes, Baselgia-Brunner, Cahenzli-Philipp, Cantieni, Caviezel (Coira), Deplazes (Coira), Epp, Gasser, Gugelmann, Hardegger, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Horrer, Kohler, Locher Benguerel, Maissen, Märchy-Caduff, Müller (Felsberg), Niggli-Mathis (Grüsch), Noi-Togni, Perl, Preisig, Rettich, Rutishauser, Schwärzel, Thomann-Frank, Thöny, Tomaschett-Berther (Trun), Wilhelm



Seduta del
20 agosto 2019

Comunicata il
23 agosto 2019

Protocollo n.
615

Interpellanza Pajic

concernente una statistica nel settore delle aggressioni nei confronti di persone
LGBTQ

Risposta del Governo

Il Governo ritiene importante proteggere le minoranze ed eliminare ogni forma di discriminazione segnatamente quella basata sull'orientamento sessuale o sull'identità di genere.

In merito alla domanda 1: nella primavera del 2017 l'Ufficio federale di statistica (UST) ha chiesto ai Cantoni se i reati commessi contro le persone LGBTQ (lesbiche, omosessuali, bisessuali, transgender, queer) vadano registrati separatamente nella statistica criminale. La maggioranza dei Cantoni si è espressa contro la registrazione supplementare del movente. Stando al competente UST i reati contro le persone LGBTQ anche in futuro non saranno registrati separatamente nella statistica criminale. L'inclusione nella statistica criminale può essere decisa solamente dall'UST. Finché i "crimini d'odio" contro le persone LGBTQ non costituiranno un reato a sé stante o fintanto che la specificazione differenziata di un movente non sarà obbligatoria in tutti i Cantoni, non sarà possibile pubblicare a tale riguardo dei dati di alta qualità nella statistica nazionale. Rilevamenti statistici significativi sono possibili solamente se i dati vengono registrati in modo uniforme in tutta la Svizzera e se è a disposizione una quantità di dati significativa. La registrazione al di fuori della statistica criminale consentirebbe inoltre di trarre conclusioni sull'orientamento sessuale di una persona. Questo aspetto è problematico per motivi legati alla protezione dei dati. Il Governo sostiene tuttavia la futura inclusione nella statistica criminale.

In merito alla domanda 2: in linea di principio delle soluzioni vanno trovate nel quadro dell'intera società. Una formazione e sensibilizzazione da parte delle autorità d'azione penale, in particolare della polizia, riguardanti le più svariate sfide che si presentano durante l'attività quotidiana della polizia ha già luogo nel quadro della materia d'esame diritti umani ed etica.

In merito alla domanda 3: la soluzione più efficace sono le denunce delle vittime alla polizia, nonostante esistano presumibilmente inibizioni legate a motivi diversi. Ogni agente di polizia accoglierà denunce di questo tipo. L'azione penale in fin dei conti ha un grande effetto preventivo.

In merito alla domanda 4: chi in futuro se la prenderà con persone LGBTQ deve attendersi conseguenze. Nel dicembre del 2018 il Parlamento federale ha deciso di rendere punibile, tramite un'estensione dell'articolo anti-razzismo, la discriminazione basata sull'orientamento sessuale. Finora era vietata l'incitazione all'odio e simili nei confronti di razze, etnie o religioni. Azione penale e giurisprudenza coerenti rappresentano una protezione efficace contro discriminazione e crimini d'odio.

In merito alla domanda 5: durante la Sessione federale dei giovani dell'11 novembre 2018 è stato richiesto il sostegno statale a favore di una rete finalizzata a ridurre il tasso di suicidio molto elevato tra i giovani LGBTQ. Il Governo parteciperebbe a una soluzione federale. Il Cantone inoltre sostiene annualmente la Consulenza + aiuto 147 di Pro Juventute Svizzera e così anche la campagna di prevenzione del suicidio "Prevenzione del suicidio giovanile". Due anni fa i Servizi psichiatrici dei Grigioni (SPGR) hanno avviato la creazione di un consultorio per la varietà di genere. Gli SPGR organizzano allo stesso tempo diverse manifestazioni quali conferenze e tavole rotonde per sensibilizzare e informare.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Jon Domenic Parolini

Il Cancelliere:

Daniel Spadin